

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Florian von Brunn

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Manfred Eibl

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Christoph Skutella

Staatsminister Thorsten Glauber

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild
u. a. und Fraktion (SPD)**

**für ein Bayerisches Gesetz zur Förderung eines sozialen Klimaschutzes in
Bayern und zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes**

(Drs. 18/148)

- Zweite Lesung -

Ich weise bereits an dieser Stelle darauf hin, dass die SPD namentliche Abstimmung beantragt hat. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 54 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung: CSU 16 Minuten, GRÜNE 10 Minuten, FREIE WÄHLER 8 Minuten, AfD 7 Minuten, SPD 7 Minuten, FDP 6 Minuten und die Staatsregierung 16 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können jeweils bis zu 3 Minuten sprechen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Florian von Brunn von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir legen dem Bayerischen Landtag heute in Zweiter Lesung unser soziales Klimaschutzgesetz vor. Wir sind davon überzeugt, dass es für die Staatsregierung und für den Bayerischen Landtag höchste Zeit ist, statt immer nur Reden zu schwingen oder unverbindliche Verfassungsziele vorzuschlagen, in Bayern zu handeln und echten Fortschritt im Klimaschutz zu erzielen.

(Beifall bei der SPD)

Die Erdüberhitzung hat schlimme Auswirkungen. Um nur einige Beispiele zu nennen: steigende Meeresspiegel, Hitze, Dürre, extreme Wetterlagen. Diese Auswirkungen bedrohen die Menschheit in ihrer Existenz und haben auch furchtbare soziale Folgen.

Diese betreffen uns in Deutschland, sie betreffen uns in Bayern. Viel härter betreffen sie aber die Menschen im globalen Süden. Am schlimmsten betreffen sie unsere Kinder und nachfolgende Generationen. Das haben die Schülerinnen und Schüler, die jeden Freitag demonstrieren, erkannt. Sie wissen, es geht um ihre Zukunft. Es geht um ihre zukünftigen Lebenschancen. Sie wollen endlich Taten von der Politik sehen, also von uns.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer wie Christian Lindner oder Winfried Kretschmann diese engagierten jungen Menschen kritisiert, der sollte sich vielleicht zuerst einmal selbst fragen, was er bisher ganz konkret dafür getan hat, dass es im Klimaschutz vorangeht.

Wer will, dass diese Schülerinnen und Schüler nicht mehr demonstrieren, der sollte ihnen nicht mit Strafe drohen, sondern der sollte effektiv handeln und den Klimaschutz selbst voranbringen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Bayerische Staatsregierung und die CSU haben bisher vor allem geredet. Sie haben geredet und sich selbst gelobt, aber sie haben viel zu wenig erreicht. Gemessen werden Sie an den Ergebnissen, die, ehrlich gesagt, erbärmlich sind.

Seit über zehn Jahren gibt es in Bayern im Klimaschutz keinen Fortschritt mehr. Zuletzt sind die Treibhausgasemissionen sogar wieder angestiegen. Das reichste Bundesland versagt im Klimaschutz und verfehlt seine Klimaziele deutlich. Die Staatsregierung schafft es nicht, den Ausstoß an Treibhausgasen zu senken. Sie produziert, jetzt zusammen mit den FREIEN WÄHLERN, vor allem heiße Luft.

(Beifall bei der SPD)

Das, was die CSU tut, ist oft das Gegenteil von Klimaschutz. Sie haben die Energiewende im Freistaat durch die 10-H-Regelung gestoppt. Sie wollen weiterhin die dritte

Startbahn am Münchner Flughafen bauen. Sie sind gegen eine CO₂-Abgabe in Berlin und gegen das Klimaschutzgesetz von Svenja Schulze. Ehrlich gesagt, Ihr Minister Andreas Scheuer ist ein Totalausfall für den Klimaschutz im Verkehrsbereich.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen endlich auch in Bayern echte Klimaschutzpolitik. Wir brauchen echten Fortschritt statt immer nur Reden und Blabla.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten legen deshalb dieses soziale Klimaschutzgesetz vor. Wir müssen in der Klimafrage endlich schnell vorankommen, aber – das ist uns wichtig – sozial gerecht. Wir wollen dabei niemanden zurücklassen.

Klimaschutz wird nur funktionieren, wenn wir diesen Weg gemeinsam und in Solidarität mit den Schwächeren beschreiten. Echte Klimaschutzpolitik fängt übrigens auch in Bayern mit ehrlichen und transparenten Zahlen an. Wir wollen deswegen eine Klimaverursacherbilanz für Bayern, so wie es andere Bundesländer schon längst praktizieren.

Wir wollen, dass Staatsregierung und staatliche Behörden beim Klimaschutz eine Vorbildfunktion einnehmen. Unser großes und übergeordnetes Ziel lautet: Bayern muss bis 2050 in schnellen Schritten und sozial gerecht klimaneutral werden. Wir wollen bis 2030 den Ausstoß von Treibhausgasen um bis zu 50 % reduzieren und bis 2050 gegenüber 1990 95 % an CO₂ und anderen Treibhausgasen einsparen. Wir können das durch mehr Energieeffizienz und Energiesparen erreichen, durch neuen Schwung für die Energiewende und durch eine klimafreundliche Verkehrswende.

(Beifall bei der SPD)

Klimaschutz geht nicht ohne nachhaltige Mobilität. Das müssen Sie dem Herrn Scheuer vielleicht mal sagen. Wir wollen den umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr in Stadt und Land ausbauen und emissionsfreie Antriebstechniken fördern. Wir wollen den Schutz und die Renaturierung von Mooren in Bayern erheblich verstärken und be-

schleunigen, weil Moore als hoch effiziente CO₂-Speicher unverzichtbar im Kampf gegen den Klimawandel sind.

(Beifall bei der SPD)

Große Veränderungen und Einschnitte sind notwendig. Die ökologische Transformation lässt sich nicht von den sozialen Fragen trennen. Unser Klimaschutzgesetz hat deshalb zwei deutliche soziale Komponenten.

Erstens wollen wir Haushalte in schwierigen sozialen Lagen beim Kauf neuer energiesparender Haushaltsgeräte unterstützen. Dazu zählen für uns Haushalte, die ALG II beziehen, sowie Haushalte, die 60 % oder weniger des mittleren Haushaltseinkommens zur Verfügung haben. Außerdem zählen jene Haushalte dazu, die mehr als 40 % ihres Einkommens für Miete aufbringen müssen. Sie sollen einen Zuschuss von 150 Euro, wenn Kinder da sind, von 200 Euro, für den Neukauf besonders energieeffizienter Haushaltsgeräte erhalten, vorausgesetzt – das ist wichtig –, die alten Geräte sind mindestens zehn Jahre alt oder defekt. Das hilft den betroffenen Menschen. Das ist sozial und ökologisch effizient.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens wollen wir den öffentlichen Nahverkehr in Bayern in Stadt und Land massiv ausbauen. Öffentlicher Verkehr ist per se sozial, weil er Mobilität für alle garantiert, auch für diejenigen, die nicht Auto fahren können, etwa Menschen mit Handicap. Wir wollen aber weiter gehen. Unserer Ansicht nach soll die Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs in Bayern Schritt für Schritt kostenfrei werden, zuerst für jüngere und ältere Menschen sowie für die Empfänger von Sozialleistungen. So bieten wir starke Anreize, vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsträger, auf Bahn und Bus, umzusteigen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es erfordert enorme Anstrengungen und große Veränderungen, wenn wir unser Klima und damit unsere Zukunft und die Zu-

kunft unserer Kinder retten wollen. Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Einkommen und ihrem Vermögen auf diesem besseren und einzigen Weg in die Zukunft mitnehmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, Sie können heute zeigen, ob es Ihnen mit dem Klimaschutz ernst ist. Sie können handeln und diesem Gesetz zustimmen, oder Sie können weiter reden, wie Sie es bisher gemacht haben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Kollegen von Brunn.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben. Es ging um die Zweite Lesung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Annette Karl und anderer und Fraktion (SPD) für ein Bayerisches Gesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Auftragsvergaben und zur Einführung eines Bayerischen Mindestlohns, Drucksache 18/108. Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 130 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

– Jetzt hat der Kollege Eric Beißwenger das Wort.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Die Forderung der SPD besteht darin, ein Gesetz zur Förderung des sozialen Klimaschutzes in Bayern zu schaffen. Dieser Gesetzentwurf sieht im Wesentlichen Folgendes vor: Klimaschutz und Klimaanpassung erhalten eine konkretisierte gesetzliche Grundlage durch Festlegung verbindlicher Ziele zur Minderung der Treibhausgase und die Regelung notwendiger Umsetzungsschritte, damit Schaffung einer verbindlichen Planungsgrundlage, die Vorgabe eines konkreten Minderungsziels für die Emission von Treibhausga-

sen, die transparente und genau Analyse der Ursachen des Treibhausgasausstoßes und mögliche Gegenmaßnahmen, schnelle und raumgreifende Schritte hin zu einer Verkehrs- und Energiewende sowie Maßnahmen in der Landwirtschafts- und Umweltpolitik.

Laut dem SPD-Vorschlag soll Klimaschutz gerecht ausgestaltet sein; insbesondere wirtschaftlich oder sozial benachteiligte Haushalte bräuchten staatliche Unterstützung und soziale Förderprogramme, um nachhaltig leben zu können.

Im Weiteren umfasst der Gesetzentwurf die Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes, um die Funktion der Regionalpläne bei der Umsetzung der Klimaschutzziele zu konkretisieren. Neben der Verknüpfung des Klimaschutzgrundsatzes nach dem Raumordnungsgesetz mit den Vorgaben des Klimaschutzgesetzes werden Regelungen zu möglichen Festlegungen und Begründung der Regionalpläne in Bezug auf klimarelevante Festlegungen getroffen.

Wie bereits mehrfach in diesem Haus betont, ist es wichtig, sich des Themas Klimaschutz anzunehmen; denn der Schutz des Klimas ist eine zentrale Herausforderung und eine weltweite Aufgabe. Von jeher gehören sowohl die Bewahrung des Wohlstands als auch die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen für heutige und vor allem für kommende Generationen neben dem Schutz der Bevölkerung vor äußeren Gefahren zu den wesentlichen Aufgaben des Staates. Klimaschutz stellt eine der größten Herausforderungen bei der Erfüllung dieser Schutzaufgaben dar.

Der Klimawandel ist in Bayern wie in vielen anderen Teilen der Welt spürbar und messbar. Die Durchschnittstemperatur steigt. Immer häufiger kommt es zu extremen Wetterereignissen mit erheblichen Personen- oder Sachschäden. Das Ausmaß der Herausforderung, vor der wir stehen, macht es erforderlich, die Bedeutung des Klimaschutzes bei Abwägungsentscheidungen klar zu benennen, um damit den Klimaschutz weiter zu stärken. Der Klimaschutz sollte daher in Form einer Staatszielbestimmung ausdrücklich in die Verfassung aufgenommen werden. Einen entsprechenden

Gesetzentwurf dazu hat die CSU-Fraktion im Landtag eingebracht. Damit sollte der Klimaschutz ausdrücklich als vorrangige Aufgabe von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts benannt werden. SPD und GRÜNE haben sich aber hier im Plenum erst Mitte Februar dieses Jahres dieser Verfassungsänderung zugunsten des Klimaschutzes verweigert. Bürgerinnen und Bürger verstehen es begreiflicherweise nicht, dass durch diese Blockade der Klimaschutz auf die lange Bank geschoben wird. Der Staat muss sich daranmachen, den Klimaschutz mit konkreten Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Wir arbeiten bereits an einem bayerischen Klimaschutzgesetz.

Die Bayerische Staatsregierung nimmt den Klimaschutz sehr ernst und hat ein ambitioniertes Klimaschutzziel. Die Treibhausgasemissionen sollen in Bayern bis 2050 auf unter zwei Tonnen je Einwohner und Jahr reduziert werden. Bayern verfügt seit Langem über ein flexibles Instrumentarium, um auf die Herausforderungen des Klimawandels zu reagieren. Dazu gehören unter anderem die Strategie "Klimaschutzprogramm Bayern 2050", die "Bayerische Klima-Anpassungsstrategie" und das "Bayerische Energieprogramm". Darin sind die Inhalte der bayerischen Klimaschutzpolitik und die Maßnahmen zur Umsetzung von Klimaschutz- und Energiepolitik zusammengefasst.

Die Maßnahmen der bayerischen Klimapolitik sind sehr wohl erfolgreich. Der energiebedingte CO₂-Ausstoß ist im Freistaat schon heute mit sechs Tonnen pro Einwohner und Jahr um ein Drittel niedriger als im Bundesdurchschnitt mit circa neun Tonnen. Damit zählt Bayern weltweit zu den im Klimaschutz fortschrittlichsten Energieländern.

Zu den Klimaschutzzielen der SPD: Bayern soll seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 bis 50 %, bis 2040 um 70 bis 80 % und bis 2050 um 95 % bezogen auf 1990 reduzieren. Die vorgeschlagenen Ziele sind schlicht unrealistisch. Zwischen 1990 und 2013 konnten die Emissionen um knapp 10 % verringert werden. Nun die Emissionen trotz des Ausstiegs aus der Kernenergie – das muss man dazusagen – um weitere 30 bis 40 % reduzieren zu wollen, ist unrealistisch.

Zur nachhaltigen Mobilität: Die SPD fordert einen emissionsfreien Verkehr und einen kostenlosen ÖPNV. Ein vollständig klimaneutraler und emissionsfreier Verkehr ist aus heutiger Sicht auch unrealistisch. Emissionsfreie Antriebe müssen hinsichtlich des gesamten Lebenszyklus eines Fahrzeugs geprüft werden. Die Forderung nach einer sozialverträglichen Gestaltung der ÖPNV-Preise und einer für alle Bürger kostenlosen Nutzung des ÖPNV ist in vollem Umfang konnexitätsrelevant, da den kommunalen Aufgabenträgern die Fahrgeldeinnahmen vollständig entzogen würden. Massive Einnahmeverluste im ÖPNV müssten zulasten der Steuerzahler ausgeglichen werden. Entscheidend für den Klimaschutz ist, dass das Verkehrsangebot im ÖPNV quantitativ und qualitativ verbessert wird.

Zur sogenannten Klima-Umtauschprämie, also einer Prämie für den Umtausch von Haushaltsgeräten: Meiner Meinung nach verursacht eine Bagatellförderung in Höhe von 150 Euro je Gerät einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Teilweise soll der Freistaat sogar die Vorfinanzierung des Kaufs in Raten von zehn Euro übernehmen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung?

Eric Beißwenger (CSU): Später. – Neugeräte sind in der Regel schon jetzt stromsparend. 2015 waren knapp 90 % der Geräte mit dem Energielabel "A+++" ausgestattet. Ein zu früher Austausch von Haushaltsgeräten ist für die Gesamtenergiebilanz kontraproduktiv. Die Klimaeffekte einer Umtauschprämie für Haushaltsgeräte sind gering, aber, wie gesagt, mit erheblicher Bürokratie verbunden.

Zum Beirat für den Klimaschutz: Die SPD fordert, einen Beirat für Klimaschutz einzurichten. Dazu kann ich nur sagen, der Bayerische Klimarat existiert bereits seit 2007. Er besteht aus drei Mitgliedern, ist für vier Jahre berufen und berät das für den Klimaschutz federführende Umweltministerium.

Zum kommunalen Klimaschutz und zur öffentlichen Fernwärmeversorgung: Dazu wird gefordert, dass Regierungsbezirke, Landkreise und Gemeinden die Aufgaben des Kli-

maschutzes als Pflichtaufgabe erfüllen sollen. Ich glaube, dass das sehr wahrscheinlich konnexitätswirksam wäre, weil die Kommunen mit neuen Pflichtaufgaben belastet würden. Neue Aufgaben bedeuten mehr Personal und höhere Kosten. Diese Forderung ist sehr schwer zu erfüllen, weil der Gesetzentwurf keine Kostenprognosen oder Kostendeckungsbestimmungen für alle im Gesetz aufgenommenen Tätigkeitsfelder enthält.

Der Gesetzentwurf der SPD bezüglich der Landesplanung entspricht inhaltlich dem Gesetzentwurf auf Drucksache 17/21763 aus der 17. Legislaturperiode. Der Klimaschutz in seinen vielen Facetten ist in der Landesplanung bereits jetzt verankert. Das Bayerische Landesplanungsgesetz schafft die Grundlage für die weitere Konkretisierung der Belange des Klimaschutzes und des Klimawandels im Landesentwicklungsprogramm Bayern und in den Regionalplänen. So enthält der Grundsatzkatalog im Bayerischen Landesplanungsgesetz ein klares Bekenntnis insbesondere zu den räumlichen Erfordernissen des Klimaschutzes, zum Ausbau erneuerbarer Energien, zum Erhalt der Wälder und zum Schutz von Grundwasser und Auen. Damit erübrigt sich meines Erachtens eine gesetzliche Verpflichtung zur Berücksichtigung des Energie- und Klimaschutzkonzepts im Landesentwicklungsplan bzw. in den Regionalplänen, da es bereits der ständigen Praxis entspricht, Konzepte und Strategien der Staatsregierung in den Landesentwicklungsplan zu integrieren.

Wir lehnen den Gesetzentwurf ab. Wir wollen nur noch einmal die Reihenfolge klarstellen: erstens eine Verfassungsänderung, zweitens ein Bundesgesetz und drittens ein Landesgesetz.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Kollege. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Beißwenger, Sie wissen so gut wie ich, dass Bayern von der Wasserkraft profitiert. Nordrhein-Westfalen hatte die Kohle. Viel

entscheidender ist aber, dass es seit 2007 in Bayern nicht mehr gelungen ist, den Ausstoß an Treibhausgasen zu senken. Wie können Sie da behaupten, dass wir in Bayern eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik betreiben? Im letzten Berichtsjahr, 2016, ist der Ausstoß sogar wieder gestiegen. Was können wir dann für 2017 erwarten? Das ist der erste Punkt, den ich Ihnen sagen will.

Zweitens. Mich schockiert es wirklich, dass Sie sagen, unsere Klimaschutzziele seien nicht realistisch. Damit sagen Sie nämlich im Grunde, dass Sie die Klimaschutzziele, die sich Deutschland für 2030 und 2050 gesetzt hat, in Bayern nicht einhalten wollen.

Zuletzt zu unserer Prämie für den Umtausch von Haushaltsgeräten: Wenn ein Gerät älter als zehn Jahre oder defekt ist, dann ist es ökologisch außerordentlich sinnvoll, dieses Gerät gegen ein energieeffizientes Gerät auszutauschen, statt alte Stromfresser weiter zu betreiben.

Eric Beißwenger (CSU): Herr von Brunn, zum letzten Punkt kann ich Ihnen nur sagen: Sie haben recht, dass es sinnvoll sein kann, ein Gerät irgendwann auszutauschen. Sollten wir das aber mit dem gewaltigen Bürokratieaufwand betreiben, den Sie anstreben, und die Prämie in Raten von zehn Euro auszahlen? Ich will Ihnen nur sagen, dass Sie zur Koalition derer gehören, die die Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung verweigert hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele. Sie, Herr von Brunn, haben vorhin in Ihrer Rede gesagt, jeder solle sich selbst fragen, was man für den Klimaschutz tun kann, und jeder solle sich an seinen Taten messen lassen. Da sage ich nur zu dieser Koalition: Indien, Lissabon, Seattle, China, Athen, San Diego, Brüssel, Amman, Washington, Dänemark, Kuba, Helsinki, noch einmal China, Little Rock, Madrid, Ulan Bator, Norwegen, noch einmal Washington, Tallin, Kalifornien – das sind die Orte, an denen, wie ich gehört habe, weil sie das gepostet hat, Frau Kollegin "Kerosina", Entschuldigung, Katharina Schulze, war.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das sind 200.439 Flugkilometer. An den Taten soll man sie messen! Die einzige Tat, die ich sehe, ist, dass sie grinst, auch wenn sie im Moment nicht da ist.

Hätte jemand aus den Reihen der Regierungskoalition das getan und sich dann in dieser – ich nenne es einmal so – pharisäerhaften Art und Weise hingestellt, die Menschen belehrt und auf den Holzweg geführt,

(Alexander König (CSU): Genau so ist es!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, ich bitte Sie, die Redezeit im Auge zu behalten.

Eric Beißwenger (CSU): ich weiß nicht, was dann passiert wäre. Aber GRÜNE treten nicht zurück, wenn so etwas passiert.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine sehr verehrten Damen und Herren, als nächsten Redner darf ich Herrn Kollegen Martin Stümpfig aufrufen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jeden Tag, wenn wir die Zeitungen aufschlagen, gibt es eine neue Meldung zum Klimawandel. Heute lesen wir: Die Gletscher in den Alpen werden in den nächsten 80 Jahren nahezu komplett verschwinden, wenn wir nicht jetzt umkehren. Die Herausforderung, vor der wir stehen, lautet: Halbierung der CO₂-Emissionen bis 2030. Das sind gerade noch elf Jahre. Wir müssen es schaffen, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln bzw. zu verdreifachen. Wir stehen also vor gewaltigen Herausforderungen und müssen endlich einsehen, dass es gilt, die Ziele von Paris einzuhalten. Daran dürfen wir keine Abstriche machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir diskutieren heute über den Gesetzentwurf der SPD für ein Klimaschutzgesetz. Die Landtagsfraktion der GRÜNEN wird ihren Gesetzentwurf zum Klimaschutz demnächst ebenfalls einreichen. Herr Beißwenger, Sie haben gerade kritisiert, dass die Zielsetzungen im Gesetzentwurf der SPD zum Klimaschutz unrealistisch seien. Dazu muss ich klar sagen: Das sind die Zielsetzungen des Bundes. Das sind die Zielsetzungen, die Sie damals gemeinsam mit Frau Hendricks in Berlin beschlossen haben. Diesen Pfad wollen wir einhalten. Sie stellen sich heute hin und sagen: Diese Zielsetzungen seien unrealistisch und nicht machbar. – Nein, so wird eine verantwortungsvolle Politik nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Ziel, das Sie angekündigt haben – zwei Tonnen pro Kopf bis 2050 – werden wir die Ziele von Paris niemals erreichen. Rechnet man diese Zahlen hoch, kommt man auf eine doppelte bis dreifache Überschreitung der CO₂-Emissionen in Bayern. Deshalb appelliere ich an Herrn Umweltminister Glauber, dass er sich bei der Erarbeitung seines Gesetzes wirklich an den Zielen von Paris messen sollte. Wir haben ehrgeizige Ziele, die wir einhalten sollten. Mit der jetzigen Zielsetzung, fünf Tonnen pro Kopf bis 2030 und zwei Tonnen pro Kopf bis 2050, werden wir die Klimaziele niemals erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege von Brunn, Sie haben es eben schon erwähnt: Die CO₂-Emissionen in Bayern steigen und steigen. Wir hatten im Jahr 2014 5,9 Tonnen pro Kopf. Im Jahr 2015 waren es 6,0 Tonnen. Im Jahr 2016 waren es 6,1 Tonnen. Die aktuelle Berechnung für das Jahr 2017 hat 6,3 Tonnen pro Kopf ergeben. Die Emissionen steigen und steigen und steigen und steigen. Man muss deshalb einer Fraktion hier im Hause sagen: Das ist Ihre Verantwortung! Das ist Ihr Scheitern im Klimaschutz! Sie müssen

jetzt endlich Schluss machen mit der Politik Wachstum, Wachstum, Wachstum um jeden Preis. Beginnen Sie jetzt mit konsequentem Klimaschutz!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Gestern habe ich an der Arbeitsgruppe 2 des Energiegipfels teilgenommen. Dort wurde der momentane Stand festgestellt und vom Referenten, der den Hauptvortrag gehalten hat, erklärt, beim Energiedialog, den Frau Aigner im Jahr 2014 durchgeführt hat, hätten die Maßnahmen zu den Themen Stromsparen und Stromeffizienz bereits auf dem Tisch gelegen. Die Schlussfolgerung des Referenten lautete: Eigentlich wurde von diesen Maßnahmen nahezu nichts umgesetzt.

Herr Aiwanger hat zu dem Energiegipfel eingeladen. Wir stehen aber immer noch an dem Punkt, dass wir in den Bereichen Verkehr und Wärme null Komma null erreicht haben. Keine Maßnahme wurde umgesetzt, weil die CSU alles durch die Brille sieht: Bezahlbarkeit, Wirtschaftlichkeit, Wachstum. Das ist die einzige Brille, die Sie aufhaben. Sie müssen diese Brille endlich einmal abnehmen. Herr König als Vertreter der CSU war gestern wenigstens eine Stunde da. Von den FREIEN WÄHLERN habe ich gestern und heute keinen Vertreter gesehen. Das ist wirklich beschämend. Sie müssen hier mehr leisten. Gehen Sie zu dem Energiegipfel, den Ihr Wirtschaftsminister einberufen hat!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beißwenger hat von der Bewahrung des Wohlstandes gesprochen. Ja, aber die Bewahrung des Wohlstandes schaffen wir nur, wenn wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Das müssen Sie endlich einmal verstehen. Im Wirtschaftsausschuss hat die CSU erklärt, sie könnte dem vorliegenden Klimaschutzgesetz nicht zustimmen, da zunächst im Bund ein Klimaschutzgesetz erarbeitet werden müsste. Dieses Gesetz müsste abgewartet werden. Erst dann könnten sich die Politiker in Bayern Gedanken darüber machen, ob Bayern mit einem Gesetz nachzieht. Im Bund sind Sie diejenigen, die namentlich im Verkehrs- und im Innenministerium komplett auf der

Bremse stehen. Sie torpedieren den Vorschlag von Frau Ministerin Schulze, wo es nur geht. Jetzt sagen Sie in Bayern, wir müssten warten, bis der Bund etwas liefert. In Berlin bremsen Sie jedoch alles aus. Daraus wird kein Schuh. Wir brauchen in Bayern so schnell wie möglich ein Klimaschutzgesetz, das ehrgeizige Ziele verfolgt. Ich setze sehr stark auf unseren Umweltminister, dass wir das noch in diesem Jahr erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Blick in den derzeitigen Haushaltsentwurf für 2019/2020 zeigt: Für die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude wurden für das Jahr 2018 zumindest noch 25 Millionen Euro eingestellt, was sehr wenig ist. Für die Jahre 2019 und 2020 werden dafür 20 Millionen Euro eingestellt. Rutscht man eine Zeile tiefer, sieht man, dass allein die Sanierung eines Gebäudes, des Ämtergebäudes der Verwaltung in Bayreuth, 24,5 Millionen Euro gekostet hat. Sie stellen für das komplette Jahr 2019 und für das komplette Jahr 2020 nicht einmal die Summe ein, die die Sanierung des Ämtergebäudes in Bayreuth gekostet hat. Dazu kann ich nur sagen: So werden wir keinen Klimaschutz erreichen. Sie müssen endlich mehr Geld für vorbeugenden Klimaschutz in die Hand nehmen. Rechnen wir einmal hoch: Wir emittieren in Bayern jedes Jahr 100 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre. Mit Ihren Investitionen für den vorbeugenden Klimaschutz kommen Sie auf 1 bis 2 Euro pro emittierter Tonne. Ihre Investitionen für den vorbeugenden Klimaschutz dümpeln bei 200 bis 300 Millionen Euro herum. Dieses Geld wird hinten und vorne nicht reichen. Nehmen Sie den Klimaschutz endlich ernst!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie ernst es um den Klimaschutz steht, das sehen Sie, wenn Sie momentan in unsere Wälder gehen. Ich habe Forstwirtschaft studiert. Sollten Sie sich nicht auskennen, dann nehmen Sie sich einen Fachmann mit! Sehen Sie sich einmal an, welche Spuren der Sommer des Jahres 2018 hinterlassen hat! Die Kiefern sterben in großem Ausmaß ab. Die Fichten sind nicht nur vom Borkenkäfer, sondern auch vom Kupferstecher

in großem Ausmaß befallen. Sollte noch einmal ein solcher Sommer wie im Jahr 2018 kommen, werden insbesondere unsere Nadelwälder massiv absterben. Hier finden großflächige Ereignisse statt. Deshalb müssen wir schnell damit beginnen, vorbeugenden Klimaschutz zu betreiben.

Wir müssen aber auch die Klimafolgen wirklich bekämpfen. Ich bin sehr froh darüber, dass durch die Bewegung "Fridays for Future" eine Aufmerksamkeit da ist und man sieht: So kann die Politik nicht weitermachen. Wir müssen das Ganze endlich anpacken und Nägel mit Köpfen machen. Wir brauchen einen Ausbau der Photovoltaik. Wir brauchen auch einen Ausbau bei der Windkraft. Die 10-H-Regelung muss endlich abgeschafft werden. So können Sie nicht weitermachen, dass Sie im Ausschuss unsere Anträge immer wieder ablehnen und keine eigenen Vorschläge bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Dem Gesetzentwurf der SPD werden wir zustimmen. Wir finden ihn ausgewogen. Natürlich findet man bei so einem langen Text immer mal dieses und jenes, was wir anders machen würden; das ist ganz klar. Aber grundsätzlich geht der Gesetzentwurf in die richtige Richtung, deshalb klare Zustimmung.

Herr Beißwenger, in den ersten Minuten Ihrer Rede habe ich gedacht, Sie wollen das ganze Gesetz vorlesen. Natürlich heißt es dann wieder: den Klimaschutz in die Verfassung! Das haben wir abgelehnt. Ich habe Ihnen bereits das letzte Mal gesagt: Legen Sie ein Klimaschutzgesetz mit ehrgeizigen Zielen vor, das die Pariser Beschlüsse wirklich umsetzt. Dann sind wir dabei, den Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen. Sie können aber nicht einfach nur ein Wort aufnehmen. Diese Politik sollen wir dann weiter stützen. Sie meinen, wir würden den Klimaschutz momentan nicht ernst nehmen. Wir wollen von Ihnen erst mal sehen, dass Sie es tatsächlich ernst meinen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Vielleicht noch ein Wort zu den Flugreisen: Wir werden eine Initiative einreichen, um Flugreisen von Mitgliedern des Landtags darauf zu beschränken, was wirklich notwendig ist, also statt interkontinentaler Reisen möglichst europäisch zu bleiben. Ich bin gespannt, inwieweit Sie hier konsequent sind und klar sagen: Jawohl, Flugreisen dahin, wo es sinnvoll ist, aber nicht überall hin.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte beachten Sie die Redezeit, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Ein letztes Wort noch. – Wir müssen jetzt umsteuern. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Wir müssen den Energiegipfel nutzen und als Politiker der Wissenschaft zuhören. Natürliche Lebensgrundlagen sind zu erhalten. In diesem Sinn danke ich der SPD für das Klimaschutzgesetz. Unseres wird folgen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Kollege Stümpfig. – Ich darf den Kollegen Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN aufrufen. Bitte, Herr Kollege Eibl, Sie haben das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Stümpfig, auf Ihre Ausführungen möchte ich noch einige Antworten geben. Wir müssen, wenn wir es ehrlich meinen, ganz klar sagen: Klimaschutz ist ein zentraler und wichtiger Punkt. Aber ein Land kann in Zukunft nur dann erfolgreich sein, wenn es eine gesamtheitliche Entwicklung vorweisen kann. Dazu gehört mehr als *nur* der wichtige Punkt Klimaschutz. Das möchte ich an dieser Stelle sagen; denn Bayern verfügt seit Jahren über Mechanismen, zum Beispiel über das Klimaschutzprogramm 2050, um auf die Herausforderungen des Klimawandels zu reagieren. Einzig entscheidend ist jedoch die zentrale Frage: In welcher ganzheitlichen Entwicklung, in welchem Umfang und in welcher Konsequenz gehen wir dieses Thema an? Wir stehen, wie Sie gesagt haben, wirklich nicht für Verbote. Wir stehen nicht für Einschränkungen und daraus resultierende Verteuerungen.

Es gilt, Maßnahmen zentral umzusetzen, um hier Grundlagen zu manifestieren, die uns in eine erfolgreiche Zukunft führen. Das zentrale Thema Klimaschutz ist mittlerweile uns allen sehr wohl bewusst. Doch schauen wir auch die bundesweite Situation und vor allem den Bereich der erneuerbaren Energien an. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes stieg mit Blick auf den Bruttoendenergieverbrauch der Anteil der erneuerbaren Energien von 15,9 % im Jahr 2017 auf 16,7 % im Jahr 2018, ausgehend davon, dass wir aktuell über 35 % regenerative Energie erzeugen, aber aufgrund fehlender Speicherkapazitäten nur 16,7 % nutzen können. Wir müssen der Forschung die notwendige Zeit geben, dem Nachholbedarf Rechnung zu tragen, um die gewonnene regenerative Energie wirklich umfänglich zu nutzen.

Zudem macht sich bundesweit im Wärmebereich der Rückgang des Energiebedarfs deutlich bemerkbar. Mit Blick auf den Klimaschutz hat der Einsatz erneuerbarer Energien im Jahr 2018 rund 184 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente vermieden, also etwa 6 Millionen Tonnen mehr CO₂-Äquivalente als im Jahr 2017. Dies alles resultiert aus den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr. Über alle Technologien wurden im vergangenen Jahr aus erneuerbaren Energien 225,7 Milliarden Kilowattstunden Strom gewonnen, das heißt, 4,3 % mehr als im Jahr 2017. Bei PV-Anlagen stieg die Erzeugung um 17 % auf 26,4 Milliarden Kilowattstunden. Auch der Zubau von PV-Anlagen hat weiter angezogen. 2018 wurden 2.983 Megawatt zugebaut. Die Stromerzeugung aus Windenergie legte 2018 bundesweit ebenfalls zu und zwar mittlerweile auf 111,6 Milliarden Kilowattstunden. Die Voraussetzungen für die Akzeptanz von Windkraftanlagen, die Sie hier so anprangern, gingen im Jahr 2018 zweifelsohne zurück. Das liegt aber an der Erkenntnis, sodass mittlerweile viele Bürgerinnen und Bürger damit Riesenprobleme haben.

Auf dem Wärmesektor ist der Anteil erneuerbarer Energien 2018 auf 13,9 % gestiegen. Betrachten wir auch den Verkehrssektor: Aktuell können wir im Verkehrssektor im gesamten Bereich der Mobilität eine dynamische Entwicklung feststellen.

Sie führten aus, dass von den FREIEN WÄHLERN bei den vergangenen Sitzungen des Energiegipfels niemand zugegen war. Ich war genau wegen dieses Themas zwei Tage in Berlin.

(Florian von Brunn (SPD): Mit der Bahn oder mit dem Flugzeug? – Zurufe von der CSU)

Ob Fahrzeugbauer, Verkehrsplaner, Stadtwerke oder Entwickler aus dem Bereich Digitalisierung und Vernetzung, alle arbeiten intensiv an diesen neuen Technologien mit dem Ziel, CO₂-mindernd oder CO₂-neutral zu werden. Die Entwicklungen in all diesen aufgezeigten Sektoren machen deutlich, dass Bayern bei einer Vielzahl dieser Maßnahmen an vorderster Stelle steht. Um auf Bayern zurückzukommen: Im bundesweiten Vergleich können wir heute schon feststellen, dass eine Vielzahl von eingeleiteten Maßnahmen greifen. Der energiebedingte CO₂-Ausstoß, der in Bayern 33 % unter dem des Bundes liegt, wurde bereits angesprochen. Die Bayerische Klima-Anpassungsstrategie und das Bayerische Energieprogramm gehen in die richtige Richtung. Der Anteil der erneuerbaren Energien ist im letzten Jahr kontinuierlich gestiegen. Besonders im Wärmebereich besteht noch Potenzial.

Wir werden an den marktwirtschaftlichen Grundsätzen festhalten und Maßnahmen gezielt begleiten, fördern und unterstützen. Bayern ist und bleibt innovativ. Damit bieten wir die Voraussetzungen für eine zukünftig erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung, um die uns – das sage ich Ihnen ganz deutlich – nicht nur viele im Bund, sondern auch viele Nachbarländer beneiden.

Zwangsvorgaben bezüglich des Einsatzes spezifischer Technologien lehnen wir ab. Unsere Zukunft richtet sich nach marktwirtschaftlichen, technologieoffenen und energieneutralen Ansätzen. Klimaschutz kann mit Innovation und Technologieoffenheit nachhaltig erreicht werden. Festlegungen bzw. verpflichtende Maßnahmen, wie Sie sie auch im LEP bzw. in den Regionalplänen fordern, lehnen wir ab; denn vieles davon ist heute schon gängige Praxis.

Warum verzeichnen wir in Bayern eine Zunahme des CO₂-Ausstoßes? – Bayern ist nach wie vor ein prosperierendes Wirtschaftsland. Die wirtschaftliche Basis eröffnet uns die Möglichkeiten, eine Vielzahl von notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Anders wäre das alles in der Art und Weise, über die wir uns heute unterhalten, gar nicht möglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Eibl, ich bedanke mich für Ihr Wort und rufe Herrn Prof. Dr. Ingo Hahn von der Fraktion der AfD auf. Bitte schön, Herr Professor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Katze ist aus dem Sack, und zwar die rote Katze im Sozigewand. Sie geben an, das Klima schützen zu wollen und präsentieren einen Gesetzentwurf zur Umstrukturierung unserer gesamten Gesellschaft nach Ihren planwirtschaftlichen Vorstellungen.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der SPD)

Es handelt sich hier um einen populistischen Versuch, auf einen vielversprechenden Zug aufzuspringen. Das zeigt allein die Tatsache, dass es die SPD noch vor einigen Wochen genau hier im Landtag abgelehnt hat, den Begriff "Klima" in die Verfassung aufzunehmen.

(Beifall bei der AfD)

Nun dennoch ein Gesetzentwurf zum Thema – höchst merkwürdig. Drei Punkte haben Sie in Ihrem Gesetzentwurf als Begründung angegeben: erstens Energieträger, zweitens Wald und drittens Landwirtschaft.

Erstens. Die Wortschöpfung des sozialen Klimaschutzes als Gegenentwurf zu unserer freien Marktwirtschaft, die auf einen Energiemix setzt, ist so unfundiert wie nicht um-

setzbar. Ein bestimmtes Klima ist per Definition erst einmal nicht sozial oder unsozial – selbst wenn man es schützen möchte –, sondern es ist ein naturwissenschaftlicher Begriff.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Gesellschaftlich relevant wird die Thematik erst, Herr von Brunn, wenn sie auf die Industrie zerstörend und auf die sozialen Sorgen in diesem Land noch verstärkend wirkt.

Zweitens. Zur Abholzung und Versiegelung von Waldflächen ist zu fragen: Welche Abholzung meinen Sie denn? – Bayern gehört zu den walddreichsten Staaten, und das im Herzen von Mitteleuropa oder auch im Herzen von ganz Europa. Auch für Deutschland gilt: Nur in ganz wenigen Ländern dieser Erde hat der Anteil des Waldes in den letzten Jahrhunderten zugenommen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das ist eine tolle Entwicklung, und dafür muss man unseren Forstwirten, unseren Vätern und Großvätern usw. ein großes Kompliment machen.

Zur Versiegelung in den Wäldern kann man sagen: Besonders deutlich wird das bei den Betonsockeln von Windkraftanlagen, die in die Wälder hineingebaut werden,

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

zuzüglich der Straßen, um zu diesen Windrädern hinzukommen.

Thema Solarkraftanlagen und Versiegelung: Natürlich findet auch hier eine Versiegelung statt und des Weiteren die Absorption von kosmischer Strahlung, die sonst reflektiert, hier in Wärme umgewandelt wird und unsere Atmosphäre zusätzlich erwärmt. Beide Energieformen sind in verschiedener Weise umweltschädlich und noch nicht einmal ohne Subventionen wirtschaftlich rentabel, meine Damen und Herren.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollen zurück zur Atomkraft! – Zuruf von der AfD: Juhu!)

Drittens. Sie kritisieren die Land- und Viehwirtschaft mitsamt dem Ausstoß von Treibhausgasen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dabei treiben Sie in der SPD die unsägliche Energiewende bis heute selbst mit voran, die den Flächendruck ganz entscheidend erhöht und die monotone Sorten-Einfalt befördert hat.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Daher kommt übrigens auch ein beträchtlicher Teil des Verlustes von Biodiversität in der Agrarlandschaft. Das von Ihnen propagierte Artensterben, bei uns speziell bei Insekten, ist im Übrigen nicht damit zu erklären, dass wir einen Anstieg des Kohlendioxids oder eine Klimaerwärmung haben, und Sie können es nicht darauf herunterbrechen. Genau das Gegenteil müsste der Fall sein. Bei einem Anstieg der Temperatur müssten die Insekten in ihrer Artenvielfalt zunehmen. Dies ist aber nicht der Fall. Das liegt wohl eher an der Lebensraumvielfalt, die geringer geworden ist, aufgrund Ihrer Energiewende samt Maismonokulturen und Biokraftstoffen und den Windrädern, die – von Ihnen angeschafft – als Vogel- und Insektenhäcksler fungieren.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, was sozial daran sein soll, wenn ärmere Bürger die Anschaffung von energieeffizienten Geräten vom Staat bezahlt bekommen, bleibt Ihr Geheimnis; schließlich wurden diese Bürger von Ihnen gerade erst in die missliche Lage gebracht, dass die Energie nicht mehr bezahlbar ist. Erst sorgen Sie für die Verarmung von Teilen der Bevölkerung, und jetzt zeigen Sie sich hilfsbereit und sozial und wollen ihnen einen Kühlschrank spendieren – natürlich nur dann, wenn alle bürokratischen Formalitäten dieses weiter aufgeblähten Staatsapparates durchlaufen sind.

Wer aber hat das zu bezahlen? – Das ist derjenige, der es gerade noch schafft, nicht in die Hartz-IV-Falle zu tappen. Dieser normale Arbeiter, der irgendwann einmal von der SPD vertreten worden ist, bekommt meistens nur einen kleinen Zuschuss und muss die Party im Endeffekt selber bezahlen, weil er höhere Lebenshaltungskosten hat, die durch die Energiewende verursacht werden, ohnehin höhere Energiepreise hat, eine höhere Wahrscheinlichkeit hat, arbeitslos zu werden, und steigende Abgaben hat, die Sie in Ihrem Ausgabenrausch befördern.

In Richtung Koalition – CSU, FREIE WÄHLER und Ministerpräsident – kann man sagen: Springen Sie nicht populistisch auf jede grüne oder rot-grüne Welle auf, Beispiele: Energiewende, Volksbegehren Artenvielfalt etc.! Dadurch helfen Sie der Umwelt nicht, aber Sie schaden der Bevölkerung. Die Zeche zahlt der Bürger: beim Volksbegehren mit über 75 Millionen Euro, Herr Kreuzer, und bei der Energiewende ist es noch viel, viel teurer für uns.

Resümee: Die SPD will an das Geld der Bürger. Klimaschutz soll das Vehikel sein, um jetzt erst richtig abzukassieren.

(Horst Arnold (SPD): Oje, oje!)

Entlarvend ist auch die Entwicklung der Wortwahl, der Begrifflichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Vor einigen Jahren, Herr von Brunn, sprachen Sie noch vom Klimawandel, den es im Übrigen immer schon gegeben hat und den die AfD auch niemals angezweifelt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Danach sprach man von anthropogenem Klimawandel, später von anthropogener Klimaerwärmung und nun sprechen Sie in Ihrem Gesetzentwurf von Klimaerhitzung.

(Heiterkeit bei der AfD)

Sie haben noch eine Option übrig. Sie können das noch steigern. Sie können noch von Klimaüberhitzung sprechen; das haben Sie im Ausschuss auch schon getan. – Sie führen das alles auf eine Erhöhung des CO₂-Gehalts von 0,03 % auf 0,04 % in unserer Atmosphäre zurück. Meine Damen und Herren, lieber Herr von Brunn, glauben Sie das überhaupt selbst?

(Katharina Schulze (GRÜNE): Die Wissenschaft sagt's!)

Nehmen Sie diesen Antrag zur sozialen Klimaerhitzung – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Professor Hahn, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): – Ja, letzter Satz. – Nehmen Sie diesen Antrag zur sozialen Klimaerhitzung als das, was er ist, als heiße Luft der selbsternannten Weltretter, und lehnen Sie ihn ab!

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut! – Florian von Brunn (SPD): Die heiße Luft kommt von Ihnen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Christoph Skutella von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es steht außer Frage – und darüber sind sich zumindest in diesem Haus die meisten einig –, dass die Bekämpfung des Klimawandels

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

eine der zentralen Menschheitsaufgaben in diesem Jahrhundert ist.

(Beifall der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Danke für den Applaus, aber ich werde das jetzt gleich wieder herunterbrechen. – Den Weg, den Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, einschlagen wollen, werden wir Freie Demokraten allerdings nicht mitgehen, und dazu möchte ich einige wesentliche Punkte herausgreifen.

Erstens. Der Landtag soll verbindliche Klimaschutzziele für den Freistaat festlegen. Darüber hinaus soll die Landesregierung ein sogenanntes Energie- und Klimaschutzkonzept beschließen. Dieses soll die wesentlichen Strategien und Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele benennen – so weit Ihr Gesetzentwurf. Ein sogenanntes integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept, wie es in Baden-Württemberg bereits existiert, hat in Ihrem Gesetzentwurf also eine zentrale Bedeutung. Das ist das eigentliche Klimaschutzgesetz im materiellen Sinn; es soll aber ohne Mitwirkung des Parlaments und der Ausschüsse von der Staatsregierung beschlossen werden. Ich habe es in diesem Haus schon einmal gesagt: Ihr Vertrauen in die Staatsregierung möchte ich an dieser Stelle haben.

Um es noch einmal deutlich herauszustellen: Der Plan der SPD ist, dass wir erst einmal für alle öffentlichen Stellen verbindliche Klimaschutzziele beschließen. Danach soll die Staatsregierung überlegen, ob und wie diese Ziele überhaupt erreicht werden können. Das Pferd wird also von hinten aufgezäumt. Das halten wir für nicht zielführend.

Vollkommen unklar ist auch, welche Kosten auf unsere Unternehmer und die privaten Haushalte bei der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes zukommen würden. Auch das legen Sie vertrauensvoll in die Hände der Staatsregierung. Sie wissen doch genauso gut wie wir, dass unsere Staatsregierung für ihre großzügigen Wahlgeschenke und bisweilen Gießkannenmentalität bekannt ist. Verantwortungsvolle Oppositionsarbeit sieht für mich anders aus.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Unser Anliegen ist es, den ÖPNV auszubauen und zu verbessern. Dabei darf vor allem der ländliche Raum nicht vergessen werden, der oft auf der Strecke bleibt, wenn es um Verbesserungen in diesem Bereich geht. Die Menschen auf dem Land müssen bei der anstehenden Verkehrswende mitgenommen werden. Ansonsten vergrößert sich das Stadt-Land-Gefälle noch mehr. Unter anderem deshalb wird es demnächst eine Expertenanhörung zum ÖPNV geben. Diese wurde von der SPD beantragt. Themen werden unter anderem Entwicklungspotenziale, ländlicher Raum und Ballungsräume, nutzerfreundliche und sozial gerechte Fahrpreise und Tarifgestaltung und der Klimaschutz sein. Ich verstehe nicht, wieso Sie dieser Anhörung vorgreifen wollen. Lassen Sie uns doch erst einmal abwarten, was die Experten zu sagen haben. Schnellschüsse bringen uns hier nicht weiter.

(Beifall bei der FDP)

Drittens. Eines der Herzstücke Ihres Gesetzes ist die Umtauschprämie für neue, energieeffiziente Elektrogeräte. Wir haben es heute schon mehrfach thematisiert. Dadurch würde – sagt jedenfalls die SPD – nicht nur dem Klima geholfen, sondern auch den Bedürftigen; denn diese würden Stromkosten sparen.

(Florian von Brunn (SPD): Nach zehn Jahren!)

Eine solche Umtauschprämie ist aus ökologischer Sicht völlig unsinnig: Auch zehn Jahre alte Geräte funktionieren noch. Wir müssen auch an die Nachhaltigkeit denken.

(Florian von Brunn (SPD): Ich glaube, in den FDP-Haushalten sind die alle neuer!)

Es ist keine Lösung, erst recht keine soziale Lösung, den Menschen zu sagen, dass sie sich teure Elektrogeräte kaufen sollen, wenn sie sich den Strom nicht mehr leisten können.

(Florian von Brunn (SPD): Energieeffizient!)

Richtig wäre, endlich die aufgrund des EEG immer noch weiter steigenden Energiekosten einzudämmen.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Viertens. Damit komme ich zum wichtigsten Argument. Der Klimawandel macht nicht an der Staatsgrenze halt. Deshalb ist der Klimaschutz eine internationale Aufgabe. Jeder muss seinen Beitrag leisten. Aber ohne ein globales Konzept kommen wir nicht weiter.

(Florian von Brunn (SPD): Pariser Abkommen!)

Der effektivste Weg, Treibhausgasemissionen zu reduzieren, besteht darin, diese marktwirtschaftlich über alle Sektoren und Grenzen hinweg zu regeln. Deshalb möchten wir Freie Demokraten den Emissionshandel in Deutschland durch Einbeziehung der Sektoren Verkehr und Wärme ausweiten. Unser mittelfristiges Ziel ist es, einen europaweit, einheitlichen, sektorenübergreifenden Emissionshandel zu erreichen. Langfristig müssen wir einen weltweiten Emissionshandel etablieren. Dies würde den Klimaschutz wirklich weiterbringen.

Im Gegensatz dazu fordern Sie und die Kollegen von den GRÜNEN regelmäßig eine CO₂-Steuer. Diese würde den CO₂-Ausstoß womöglich sogar erhöhen, wenn sie zu niedrig angesetzt würde. Würde sie aber zu hoch angesetzt, wäre sie unsozial, da sie dann insbesondere einkommensschwache Haushalte belasten würde. Wir Freie Demokraten setzen auf effektive und wirksame Maßnahmen. Dazu gehört das Klimaschutzgesetz der SPD nicht. Dieses führt nur zu Kosten, Bürokratie und zu Nachteilen für den Wirtschaftsstandort Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Eine kleine Anmerkung zum Schluss: Mit der Menge an CO₂, die wir alle hier in den letzten 45 Minuten ausgestoßen haben, müsste der Bayerische Landtag einige CO₂-Zertifikate kaufen, um die heiße Luft Ihres Gesetzentwurfs zu kompensieren.

(Heiterkeit bei der FDP)

Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege Florian von Brunn von der SPD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Skutella, es ist verständlich, dass sich die Wählerschichten, die Sie vertreten, immer neue Haushaltsgeräte kaufen können.

(Widerspruch bei der FDP)

Aber Menschen, die nicht so viel Geld haben, haben oft sehr alte Geräte, die viel Strom fressen. Deshalb halten wir es für sozial und ökologisch, sie zu unterstützen, wenn sie sich nach zehn Jahren oder wenn die Geräte defekt sind, energieeffiziente Geräte kaufen.

Aber ich will noch etwas anderes sagen: Man muss auch in Bayern Klimaschutzaufgaben machen, weil wir hier Regelungskompetenzen haben. Es ist richtig, dass wir den CO₂-Zertifikatehandel ausdehnen können. Aber warten Sie doch bei der CO₂-Abgabe darauf, was wir vorlegen. Dann reden wir weiter. Man kann die Einnahmen aus einer CO₂-Abgabe nämlich so zurückgeben, dass insbesondere niedrige und mittlere Einkommen davon eher profitieren und die belastet werden, die einen großen CO₂-Fußabdruck haben. Das sind meistens Menschen, die über große Vermögen und hohe Einkommen verfügen.

(Albert Duin (FDP): Wie die Wähler der GRÜNEN!)

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege von Brunn, wir gehen in einer Sache zusammen. Ich warte auf einige Dinge. Ich warte auf ein Bundesklimaschutzgesetz.

(Florian von Brunn (SPD): Wir wären so weit!)

Wenn das steht, können wir uns mit einem Landesklimaschutzgesetz auseinandersetzen. An wem das liegt, das dürfen Sie in Berlin auskarteln. Da mischen wir uns nicht ein.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das stimmt, Sie regieren dort nicht! – Florian von Brunn (SPD): Sie hätten die Chance gehabt, aber der Lindner wollte sich in die Büsche schlagen!)

– Das haben wir hier auch schon sehr oft gehört. Der eine fliegt zu viel, der andere will nicht regieren. Wir kennen die Themen hier. Das ist jede Woche ein ähnliches Spektakel.

Entscheidend ist, dass es hier nicht darum geht, ob Geräte klimafreundlicher sind, sondern darum, dass der Strompreis zu hoch ist. Das liegt am EEG. Das könnten wir ändern.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Jetzt hat sich für die Staatsregierung der Staatsminister Thorsten Glauber zu Wort gemeldet.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Tagtäglich diskutieren Schülerinnen und Schüler an den bayerischen Schulen und den deutschen Schulen über den Klimaschutz, freitags gehen sie zum Demonstrieren auf die Straße. Der Klimaschutz hat alle Parlamente erreicht. Der Klimaschutz ist eine Aufgabe, die wir nicht nur hier in Bayern, sondern europaweit und weltweit ernst nehmen müssen. Wenn Wissenschaftler uns seit 40 Jahren den Klimawandel ins Stammbuch schreiben, dann ist es dringend notwendig, dass wir uns auch hier im Bayerischen Landtag mit dem Thema, bei dem uns Jugendliche den Spiegel vorhalten, ernsthaft auseinandersetzen.

Der Gesetzentwurf der SPD hat Licht und Schatten. Ich frage die SPD: Ist es wirklich klug, 1990 als Maßstab zu nehmen? Damals hatte Bayern noch knapp 11 Millionen Einwohner. Heute haben wir 13 Millionen Einwohner. Ist es wirklich klug, 1990 als Referenzjahr zu nehmen und die 95 % darauf zu beziehen? Ist es wirklich klug, Zwangsvorgaben für Kommunen zu machen? Können wir das hier im Bayerischen Landtag überhaupt angesichts der Konnexität beschließen? Ist es klug, staatliche Kaufprämien für Haushaltsgeräte auszusprechen, Kolleginnen und Kollegen? – Der Gesetzentwurf ist bürokratisch aufgesetzt.

Aber – auch das ist richtig – es ist notwendig, dass wir über Klimaschutz reden. Wir arbeiten im Haus an einem ambitionierten Klimaschutzgesetz. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der anderen Häuser, die dazu beitragen, dass dieses Klimaschutzgesetz gemeinsam erfolgreich gestaltet wird.

Ich habe zwei Jugendklimakonferenzen in Erlangen und in München abgehalten und wurde schon im Vorfeld darauf angesprochen, was diese Jugendklimakonferenzen bringen. Sie haben insofern sehr viel gebracht, als die Jugendlichen all das, was sie sich wünschen, vorgebracht haben. Wir haben auf den Veranstaltungen einmal zwei Stunden und einmal eineinhalb Stunden länger als vorgesehen diskutiert. Ich halte es für zwingend notwendig – das haben wir sofort aufgesetzt –, eine Dialogplattform zu schaffen. Wir haben eine Dialogplattform geschaffen, damit sich die Jugendlichen schon einmal untereinander verständigen können. Wir wollen die Jugendklimakonferenzen verstetigen; es wird über die ersten Veranstaltungen hinaus weitergehen. Die Jugendlichen haben Beschlüsse gefasst, und die Beschlüsse waren eindeutig, Kolleginnen und Kollegen.

Was haben sie uns zugerufen? – Sie wollen, dass der ÖPNV stark ausgebaut wird. Sie wollen mehr Fahrradverkehr in den Städten. Sie wollen ein Tempolimit auf Autobahnen. Sie wollen, dass wir in der Gebäudesanierung vorangehen. Sie finden Solaranlagen auf Dächern gut. Sie wollen die Windkraft in Bayern. – Das rufen uns die Teilnehmer der Jugendklimakonferenzen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Es ist unsere Aufgabe, diese Zurufe in politisches Handeln umzusetzen. Ich habe ihnen erklärt, dass Politik nicht immer Metersprünge macht, sondern dass es manchmal nur Zentimeter sind. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Unsere Aufgabe ist es, zu sagen, was politisch machbar ist und was von den Forderungen wirklich umsetzbar ist, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das Thema CO₂-Steuern ist angesprochen worden. Zunächst muss erklärt werden, was CO₂-Steuern sind und wie sie wirken. Wir als Bayerische Staatsregierung setzen bei der Erarbeitung auf die Wissenschaft. Wir haben den Bayerischen Klimarat. Ich habe den Jugendlichen zugesichert, den wissenschaftlichen Dialog mit dem Bayerischen Klimarat zu führen. Herr Prof. Dr. Lesch, Frau Prof. Dr. Pittel und Herr Prof. Dr. Völkel freuen sich darauf, mit den Jugendlichen in den Austausch zu treten, und sie arbeiten aktiv an dem Klimaschutzgesetz mit, das wir erarbeiten. Auch Herr Prof. Dr. Bittner, der für uns am Schneefernerhaus wissenschaftlich forscht, arbeitet an unserem neuen Klimaschutzgesetz mit.

Im Koalitionsvertrag haben wir eine Agentur für Energie und Klimaschutz festgeschrieben. Wir haben elf bayerische Energieagenturen vor Ort. Wir wollen diese Energieagenturen mit der Bayerischen Agentur für Energie und Klimaschutz vernetzen. Damit wollen wir Projekte draußen gleich realisieren.

Wir wollen – und das ist mein Wunsch – an die Schulen gehen. Ich habe den Schülerinnen und Schülern zugerufen: Schafft Klimaschutzbeauftragte an euren Schulen! – Wir kommen mit den elf Energieagenturen an die Schulen. Wir beraten dort auch, was man direkt vor Ort tun kann, was es bedeutet, den Klimaschutz in die Zukunft zu tragen. Das ist politische Bildung, das ist Umweltbildung, das ist Bildung für den Klimaschutz, wenn wir dort in den Dialog treten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden ein Klimaschutzgesetz für die Bereiche Energie, Wärme, Verkehr, Konsum und Landwirtschaft schreiben. All diese Sektoren sollen miteinander verbunden werden und in einem zukunftsgerichteten Energie- und Klimaschutzgesetz, das für Bayern der Maßstab sein soll, enthalten sein. Das werden wir erarbeiten.

Kolleginnen und Kollegen, eines aber ist klar: Man kann sich hier nicht herstellen und sagen: Der Treibhauseffekt und die Klimaerwärmung sind nicht existent. – Es gibt nun einmal die ewig Gestrigen. Denen kann man nicht helfen.

Kolleginnen und Kollegen, ich muss der FDP aber auch meine Bitte zurufen: Herr Kollege Skutella, Sie sagen, Sie wollen das europäisch lösen. Es ist gut, wenn Sie es europäisch lösen wollen. Sie wissen aber, dass Deutschland Strafzahlungen leisten wird, Milliardenbeträge, die die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren treffen werden. Wenn wir diese Strafzahlungen vermeiden wollen, dann müssen wir aktiven Klimaschutz betreiben. Das ist die beste Wirtschaftspolitik überhaupt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es ist also besser, Strafzahlungen zu vermeiden. Das Geld sollte doch besser in eigene Wirtschaftspolitik einfließen. Made in Germany, deutsche Klima- und Wirtschaftspolitik können wir nämlich. Diese Strafzahlen werden uns aber ereilen, sie sind unterschrieben. Unser Engagement in diesem Haus muss deshalb auf ein zukunftsweisendes Klimaschutzgesetz ausgerichtet sein. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/148. Sie findet in namentlicher Form statt. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung, sie dauert fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16:22 bis 16:27 Uhr)

Die fünf Minuten sind vorbei, die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen sich wieder hinzusetzen, damit wir mit der Sitzung fortfahren können.

(...)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur Zweiten Lesung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Für ein bayerisches Gesetz zur Förderung eines sozialen Klimaschutzes in Bayern und zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes", Drucksache 18/148, bekannt. Mit Ja haben 50 gestimmt, mit Nein haben 127 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit wurde der Gesetzentwurf in Zweiter Lesung abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.04.2019 zu Tagesordnungspunkt 3: Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. und Fraktion SPD für ein Bayerisches Gesetz zur Förderung eines sozialen Klimaschutzes in Bayern und zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (Drucksache 18/148)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adje Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard			
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	50	127	0